FH-SF-01-028

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 28 bis 30:
Die Wirkungslosigkeit der vielfachen Gesetzesverschärfungen der Vergangenheit belegt: Repression alleine kann keinen Erfolg haben. Sie muss mit gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren zusammenwirken, um objektiv Sicherheit erzeugen zu können. Deswegen greift der bisher praktizierte Ansatz zu kurz, mit Repression alleine zum Ziel kommen zu wollen.

Bündnis90/ Die Grünen verstehen Innere Sicherheit als eine Querschnittsaufgabe, an der alle Politikbereiche auf allen Ebenen von der Kommunalpolitik bis zur Landes- und Bundespolitik ihren Beitrag leisten müssen. Innere Sicherheit erfordert Anstrengungen von der Sozial- bis zur Bildungspolitik, vom Städtebau bis zur Wirtschaftspolitik, denn Innere Sicherheit ist zu allererst das Ergebnis des gesellschaftlichen Klimas und erst in zweiter Linie Ergebnis des Wirkens unserer Sicherheitsbehörden.

- Wer beispielsweise die Bildung belasteter Stadtviertel zulässt, wird unkontrollierbare und kriminelle Subkulturen ernten. Die Beispiele Brüssel-Molenbeek oder die französischen Banlieues sind Beispiele für diesen Zusammenhang.
  Der Kriminalität, die in belasteten Stadtviertel ihren Ursprung hat oder in belasteten Stadtviertel stattfindet, wird man mit repressiven Maßnahmen alleine nicht Herr. Man muss verhindern, dass sich solche Problembezirke überhaupt erst einmal entwickeln. Die Bildung belasteteter Stadtviertel zu verhindern erfordert Maßnahmen der Bildungs-, Sozial- und Wohnungspolitik.
  Damit sind vordergründig Maßnahmen der kommunalen Ebene gefragt, die Hand in Hand gehen müssen mit der repressiven Ebene. Dafür brauchen die Kommunen auch die entsprechende Mittel, die wir ihnen mit der Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen zukommen lassen wollen.

- Deswegen ist es auch kontraproduktiv, Geflüchtete in leerstehenden und vor dem Abriss bewahrten Plattenbauten an einem Ort zu konzentrieren. Die Durchmischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen fördert die Integration Geflüchteter – nicht die Konzentration an einem Standort. Deswegen ist es richtig, preiswerten Wohnraum FÜR ALLE interessierten Bürger anzubieten und nicht nur für einzelne Gruppen. Als materielle Grundlage dafür werden bezahlbare Wohnungen gebraucht. Und auch deswegen ist unsere Forderung nach dem Bau von einer Million Sozialwohnungen auch als Teil der Kriminalprävention wichtig und richtig – und vor allem … ohne in Grundrechte einzugreifen!

- Schreckliche Lkw-Attentate wie in Nizza oder Berlin verhindert man nicht mit polizeilichen Einsatzmitteln, sondern mit baulichen Maßnahmen. Das ist Aufgabe der Kommunalpolitik, die nicht in Grundrechte eingreift. Dafür brauchen die Kommunen auch die entsprechende Mittel, die wir ihnen mit der Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen zukommen lassen wollen.

Lkw-Attentate dieser Art werden durch Assistenzsysteme im Fahrzeug zumindest erschwert, wie das Berliner Attentat zeigte. Die obligatorische Einführung solcher Systeme dient nicht nur der

Verkehrssicherheit, sondern eben auch der Kriminalprävention – und auch sie greift nicht in die Grundrechte der Bürger ein.

~~Wir stellen dagegen~~Zudem verfolgen wir unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen

Begründung

Wenn wir gegen den Überbietungswettbewerb der Union bestehen wollen, müssen wir uns schon konzeptionell besser aufstellen. Der Änderungsvorschlag verknüpft die Forderungen nach Bau der 1 Mio. Sozialwohnungen und Stärkung der Kommunalfinanzen mit dem Thema Innere Sicherheit und erzeugt in dieser Kombination wirklich Frisches und Neues.

Unterstützer*innen

Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)